



Mechthild Rawert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin

Mechthild Rawert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unter den Linden
Raum 5.027

 (030) 227.737 50

 (030) 227.762 50

 mechthild.rawert@bundestag.de

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin-Tempelhof

 (030) 720 13 884

 (030) 720 13 994

 mechthild.rawert@wk.bundestag.de

www.mechthild-rawert.de

Berlin, 08.01.2010

Grußwort im Namen der SPD-Bundestagsfraktion XV. ordentlichen Kongress der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten am 9. Januar 2010 in Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident Michel Vanderborght,
Sehr geehrter Herr Generalsekretär Dr. Ulrich Schneider,
sehr geehrte Abgeordnete des Bundestags und des Abgeordnetenhauses,
liebe ältere und jüngere Aktive der verschiedenen Widerstandsorganisationen aus Nah und Fern,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich auf Ihre Einladung hin am heutigen Tage zu Ihnen sprechen darf. Ich möchte Ihnen allen einen herzlichen Gruß der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ausrichten.

Es ist nicht nur der Beginn eines neuen Jahres, sondern auch der Anfang eines neuen Jahrzehntes. Neben vielen privaten Wünschen verbinde ich mit diesem Jahrzehnt die Hoffnung und den Wunsch nach einer friedlicheren Welt.

Das letzte Jahrzehnt begann mit einem Gewaltakt, der die ganze Welt erschüttert hat:

Die Terroranschläge vom 11. September, die einen kompromisslosen Kampf der USA gegen den Terrorismus einläuteten.

Es folgte der militärisch-zivile ISAF-Einsatz in Afghanistan, an dem sich auch Deutschland beteiligt, und der OEF-Einsatz, an dem Deutschland sich mittlerweile nicht mehr beteiligt. Angesichts gefallener Soldaten und dem Tode vieler Zivilisten darf es kein Weiter-so in Afghanistan geben.

Es folgten der Krieg im Irak, auch dieses Land leidet heute noch an den Folgen und wird fast täglich von Anschlägen heimgesucht.

Es folgten Terroranschläge in Europa und in der islamischen Welt, der Libanonkrieg und der Georgienkrieg. Die Liste der Kriege, Bürgerkriege und der Gewalt könnte ich fortsetzen - sie ist leider sehr lang.

Zu erwähnen sind auch die Auseinandersetzungen im Iran, ist der Nahe Osten, die unerträgliche Ab- und Einsperrung der Menschen in Gaza.

Der gescheiterte UN-Weltklimagipfel in Kopenhagen ist nicht nur aus klimapolitischen Gründen ein Debakel. Die durch den Klimawandel hervorgerufenen Umweltveränderung führen zu Dürre, Überschwemmungen, Hungersnöten vor allem in den Ländern, die sowie so schon unter Armut leiden. Häufig auch mit einer unsäglichen gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich. Viele sehen hier den Nährboden für weitere kriegerrische Auseinandersetzungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte in meinem Grußwort aber nicht nur Kriege des letzten Jahrzehnts aufzählen, sondern den Blick nach vorne richten. Der Wunsch nach einer friedlichen Welt erfordert auch eigenes Handeln. Uns Deutschen, uns Linken, uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen obliegt da eine besondere historische Verantwortung.

Dieses Jahr ist das 65. Jahr des Sieges über den Faschismus und ich bin dankbar, dass Sie ein deutliches Zeichen gegen das Vergessen und die Versuche einer Geschichtsrevision leisten.

Die Widerstandskämpfer und kämpferinnen des Nationalsozialismus haben nicht nur unter dem Einsatz ihres eigenen Lebens, angesichts von Gefährdungen der eigenen Familie, von Verwandten und Freunden, Verfolgten geholfen und Menschenleben gerettet. Lange wurde in Deutschland über die Taten dieser Menschen geschwiegen, was insbesondere bei den jüngeren Generationen auf Unverständnis gestoßen ist. Warum, so ihre berechnigte Frage, erfahren WiderstandskämpferInnen in der deutschen Öffentlichkeit so wenig Beachtung und Achtung? Erst in den letzten Jahren ist das öffentliche Interesse an den Lebensgeschichten von Kämpferinnen und Kämpfern gegen den Nationalsozialismus gewachsen. Und das ist gut so.

Noch im Jahre 2002 hat der Deutsche Bundestag im Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile zunächst nur die Urteile über Deserteure und Kriegsdienstverweigerer pauschal aufgehoben. Sogenannte „Kriegsverräter“ wurden ausgeschlossen.

Mit dem 2. NS-Aufhebungsänderungsgesetz hat der Deutsche Bundestag im September 2009 endlich weiteres Unrecht der NS-Justiz wenigstens strafrechtlich „wiedergutgemacht“ - sofern dieser Begriff angesichts der zum Tode verurteilten vermeintlichen „Kriegsverräter“ überhaupt ausreicht.

Wir erinnern uns: Mit dem ab April 1934 geltendem Instrument „Kriegsveerrat“ hatte die NS-Justiz für sich ein Instrument geschaffen, Verhalten, das nicht auf nationalsozialistischer völkischer Linie lag, mit dem Tode zu bestrafen. Rund 30.000 Deserteure, Verweigerer und vermeintliche Kriegsverräter wurden von der NS-Justiz zum verurteilt, 20.000 davon bis Kriegsende hingerichtet. Für die Nazis konnte Kriegsverrat Vieles sein: Von Soldaten, aber auch von ZivilistInnen geleisteter politischer Widerstand, Hilfe für verfolgte Juden oder Unbotmäßigkeiten gegen Vorgesetzte.

Mit diesem neuen 2. NS-Aufhebungsänderungsgesetz haben wir ParlamentarierInnen - 64 Jahre nach Kriegsende und gegen den anfänglichen massiven Widerstand der CDU - die Rehabilitierung so genannter „Kriegsverräter“ endlich durchgesetzt und damit weiteres

Unrecht der NS-Justiz wenigstens strafrechtlich wiedergutmacht. Der politische Streit über die pauschale Rehabilitierung so genannter „Kriegsverräter“ ist endlich beendet. Eine emotionale Wiedergutmachung ist auch mit diesem Gesetz nicht vollziehbar. Denn für die Opfer kommt das Gesetz zu spät. Für die noch lebenden Angehörigen und Freunde der Ermordeten ist es jedoch eine sehr wichtige Entscheidung – und daher freut sie mich.

Der Einsatz der Widerstandskämpfer mahnt jeden von uns, unser eigenes Handeln zu hinterfragen:

- Welche Anstrengung vollziehen wir, um die Grundsätze unserer Demokratie zu wahren?
- Was tun wir um unsere pluralistische Gesellschaftsordnung zu schützen?
- Wie entschlossen bekämpfen wir den wieder aufflammenden Rassismus und Rechtsextremismus in unserem Lande?

Jede Regierung, jeder Bürger, jede Bürgerin trägt hier Verantwortung und hat die Pflicht, jede Art von Unrecht zu bekämpfen. Die Anerkennung Ihres Widerstands, die Erinnerung an die Leiden der Opfer und ihrer Familien mahnt uns.

Antifaschismus ist eine Aufgabe aller aufrechter Demokratinnen und Demokraten. Ich bin dankbar für Ihren langjährigen und unermüdlichen Kampf für "eine neue Welt des Friedens und der Freiheit", wie sie die Überlebenden, die Widerstandskämpfer, Deportierten und Internierten 1945 wollten. Diese politische Herausforderung ist für uns in vielen gesellschaftlichen Bereichen nach wie vor hochaktuell. Ich bin dankbar für Ihren steten Einsatz für nichtmilitärische Konfliktlösungen, für Ihren Kampf um eine atomwaffenfreie Welt.

Als Antifaschistin, Demokratin und Sozialdemokratin werde meinen Beitrag dazu leisten.

Ich wünsche Ihnen, Herr Präsident, viel Erfolg bei der Umsetzung Ihrer für die Geschichte und auch Zukunft Deutschlands sehr bedeutenden Projekte. Auf meine Unterstützung können Sie zählen.

Vielen Dank.

Hedtrild Rauer